

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Preis vierteljährlich vier mit Frachtkosten 1.20 M., im Bezugs- und 10 Km. Verkehr 1.25 M., im übrigen Württemberg 1.35 M., Monats-Abonnements nach Verhältnis.

Fernsprecher Nr. 28.

86. Jahrgang.

Fernsprecher Nr. 29.

Einigen Gebühr für die einpalt. Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmal. Einrückung 10 M., bei mehrmaliger entsprechend Rabatt.

Beilagen: Plauderblätter, Illust. Sonntagsblatt und Schwäb. Landwirt.

M 260

Dienstag, den 5. November

1912

Amtliches.

Bekanntmachung der A. Zentralstelle für die Landwirtschaft, betreffend die Abhaltung von Melkkursen in Laupheim.

Im Einvernehmen mit dem Württ. Brauereiwirtschaftsverband werden in den Monaten Dezember 1912, sowie Januar und Februar 1913 bei genügender Beteiligung in dem Betrieb des Herrn Schöngutbesizers Steiner in Laupheim unter Leitung des Herrn Oculinspektors Albiner dreiwöchige Melkkurse im Melken und in der Viehpflege abgehalten werden.

In diesen Kursen werden die Teilnehmer nicht nur im praktischen Melken, in der Viehpflege und in den wichtigsten Stallarbeiten ausgebildet, sondern sie erhalten auch einen dem Zweck und der Dauer der Kurse angemessenen theoretischen Unterricht über Bau und Einrichtung des Euters, Bildung der Milch, Gewinnung und Behandlung der Milch, Durchführung von Leistungsprüfungen, Führung von Zuchtbüchern, sowie über die Grundzüge der praktischen Fütterungslehre, die Aufzucht des Jungviehs, die Gesundheitspflege der Tiere usw.

Der Unterricht ist unentgeltlich, dagegen sind die Teilnehmer verpflichtet, die vorkommenden Arbeiten nach Anweisung des Leiters der Kurse zu verrichten, auch haben dieselben für Wohnung und Kost selbst zu sorgen. Unbemittelten Teilnehmern kann ein Beitrag in Aussicht gestellt werden.

Zu den Kursen werden berufsmäßige Viehwärter, sowie Söhne von Landwirten, die im Stalle und beim Melken beschäftigt werden, das 16. Lebensjahr zurückgelegt haben und entsprechende Vorkenntnisse im Melken besitzen, zugelassen.

Der Beginn der Kurse ist auf Montag, den 2. Dez. 1912 und Dienstag, den 7. Januar 1913 festgesetzt worden. Der Beginn des dritten Kurses wird später bekannt gegeben werden. Zu jedem Kurs werden 7 Teilnehmer zugelassen.

Bezüge um Zulassung zu den Kursen sind bis längstens 22. Nov. 1912 an den Leiter derselben, Herrn Inspektor Albiner in Laupheim, einzufenden.

Die Aufnahmegebühren sind beizulegen:

1. ein Gebührenschein;
2. eine Bescheinigung über Vorkenntnisse im Melken;
3. wenn der Bewerber minderjährig ist, eine Einwilligungserklärung des Vaters oder Vormunds, in welcher zugleich die Verbindlichkeit zur Tragung der durch den Besuch des Kurses erwachsenden Kosten, insoweit solche nicht auf andere Weise gedeckt werden, übernommen wird;
4. ein von der Gemeindebehörde des Wohnortes des Bewerbers ausgestelltes Leumundzeugnis;
5. wenn ein Beitrag erbeten wird, was zutreffendfalls gleichzeitig mit der Vorlage des Aufnahmegebührens geschehen hat, ein gemeinverträgliches Zeugnis über die Vermögens- und Familienverhältnisse des Bewerbers und seiner Eltern. In diesem Falle ist auch anzugeben, ob dem Bewerber Beiträge von anderer Seite in Aussicht stehen.

Gustav Freytag als Gegner der deutschen Kaiserwürde.

In den Jahren 1848 bis 1870, als Gustav Freytag leitender Redakteur der „Grenzboten“ war, hat er einen ausgedehnten Briefwechsel geführt. Namentlich zahlreich war seine Korrespondenz in den Jahren 1868 bis 1870 und darüber hinaus mit dem ihm eng befreundeten gewordenen General und Admiral Albrecht von Stosch, desjenigen, dessen „Denkwürdigkeiten“ seinerzeit bei ihrem Erscheinen so weite Verbreitung gefunden haben. Im neuen, jedoch zur Ausgabe gelangten Novemberheft der „Deutschen Revue“ (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt) beginnt nun Karl v. Helmolt mit der Veröffentlichung einer Auswahl von Briefen, die Gustav Freytag in jenen denkwürdigen Jahren an Stosch gerichtet hat. Das Charakteristischste an diesen Briefen ist es, daß Freytag in ihnen sehr häufig in freimütigster Weise Stellung zu den schwebenden Tagesfragen genommen hat, auch dann, wenn seine Anschauungen nicht mit denen der maßgebenden Kreise im Einklang standen, ja ihnen direkt zuwiderliefen. Daß er mit dieser seiner entgegengelegten Meinung nicht zurückhielt, und sie dem in hoher Staatsstellung befindlichen Empfänger seiner Briefe so offen aussprach, ist ein Beweis für die enge Freundschaft, die sich zwischen den beiden Männern entwickelt hatte.

Einer der merkwürdigsten Briefe, die in der bis jetzt veröffentlichten Reihe aufgenommen wurden, dürfte der vom Ostermontag (17./4.) 1870 sein, in dem Freytag eine recht ablehnende Haltung zu der schon damals von Bismarck

Bewerber aus Gemeinden, in welchen die Maul- und Klauenseuche herrscht, können in den Kurs nicht aufgenommen werden. Ueber weitere Vorsichtsmaßnahmen wird denjenigen Bewerbern, die zu dem Kurs zugelassen werden, von dem Kursleiter seinerzeit eine besondere Weisung zugehen. Stuttgart, den 26. Okt. 1912. Sting.

Kriegsberichterstattung.

„Ganz Europa wundert sich nicht wenig“ — nicht nur über die Form der amtlichen Berichterstattung vom Kriegsschauplatz, sondern wesentlich auch über die seitliche Rolle, welche zurzeit die dorthin entsandten Kriegsberichterstattung spielen. Diese Rolle steht in scharfem Gegensatz zu dem Ansehen, welches noch im deutsch-französischen Kriege die Kriegsberichterstattung der großen Presse sich errungen hat. In Zukunft wird kaum mehr ein Generalstabswerk nach dem Abschluß eines kriegerischen Zusammenstoßes auf die privaten Quellen zurückgreifen können, denn es scheint mit der Möglichkeit einer sachgemäßen privaten Kriegsberichterstattung ein für allemal zu Ende zu sein.

Die Herren der Presse, welche wohl ausgerüstet den Strapazen eines Feldzugs hinter der Linie sich unterziehen wollen, um aus eigener Wahrnehmung ihren Blättern die Ereignisse schildern zu können, sitzen heute in den Hauptquartieren der einzelnen Heere. Dort werden sie nicht nur hinsichtlich ihrer persönlichen Bewegung, sondern offenbar auch mit Bezug auf ihre schriftstellerische Tätigkeit, von Telegrammen gar nicht zu reden, strengstens überwacht und mit dürftigen summarischen Mitteilungen vom Dezerenten des Hauptquartiers für die Presse abgespritzt. Vermutlich haben sich deshalb einzelne Redaktionen schon die Frage vorgelegt, ob es nicht der Presse würdiger sei, die hinausgeschickten Berichterstattung zurückzuerufen und auf eine Verwertung des kümmerlichen Materials, das mit so großen Opfern nur zu erkaufen ist, überhaupt zu verzichten. Denn die Leser erwarten doch von den auf den Kriegsschauplatz entsandten Berichterstattern eine unmittelbare Schilderung der kriegerischen Vorgänge, nicht nur eine Schilderung der Gegend, durch welche der Berichterstatter gereist ist, und seiner Eindrücke über Stadt und Land, Menschen und wirtschaftliche Verhältnisse.

Man kann der Presse keinen Vorwurf daraus machen, daß sie mit solchen Maßregeln nicht gerechnet hat. Im russisch-japanischen Krieg war es noch besser um die Erfüllung ihrer Aufgabe bestellt. Der Krieg, den Italien gegen die Türkei soeben in Nordafrika geführt hat, konnte allerdings schon gewisse Erfahrungen an die Hand geben, brauchte aber auch für die jetzt getroffene Bestimmung nicht maßgebend zu sein, da er eben unter ganz eigenartigen Verhältnissen in Szene ging.

Der Balkankrieg nähert sich aber wenigstens dem, was wir heute als modernen Krieg zu betrachten haben, und hierbei fällt wohl entscheidend ins Gewicht, daß beide Krieg-

*) Dieser Vorschlag ist mit geringen Veränderungen und Kürzungen der Ausgabe des Deutschen Anzeigerblattes vom 27. Okt. entnommen.

erwogenen Absicht der Wiedererrichtung eines deutschen Kaiserreichs mit Preußen und den Hohenzollern an der Spitze einnimmt. „Was Sie mir über die Kaiserwürde des Bismarck schreiben“, führt er aus, „hat mich peinlich berührt. Und ich hoffe, Sie werden meine Auffassung dieser Frage nicht mißbilligen“. Er legt dann weiterhin dar, daß er schon seit 1848 dagegen kämpfte aus persönlicher Loyalität und Dankbarkeit gegen das preussische Königshaus, von dessen Hauptern er den Fluch fernhalten möchte, „welchen die Kaiserkrone mit einer fatalistischen Notwendigkeit um die Familien der Herrscher legt“. Daneben leiten den Briefschreiber aber auch sehr greifbare Erwägungen. „Die Annahme der Kaiserwürde durch die Hohenzollern“, schreibt er, „setzt nicht nur gewisse Kompromisse mit den Großmächten und Höfen Europas, sondern ebensolche Kompromisse mit den regierenden Familien Deutschlands voraus, selbst wenn letztere in nichts bestehen sollten, als in gestiegener Konkurrenz gegen die Familientraditionen und souveränen Verwaltungsmächte derselben.“ Freytag gibt zwar zu, daß über all das mit der Zeit hinwegzukommen wäre, dauernd aber würde bleiben eine Einführung des hohenzollernschen Fürstengeschlechts in einen falschen Idealismus. Ein Kaiserum verlange einen Kaiserhof. Dadurch würde an Stelle einer jetzt bereits schädlichen Bevorzugung des hohenzollernschen Hauses ein vornehmeres Werden um eine weit schlechtere und abgemessene Aristokratie treten, um die regierenden Häuser, die Ebenbürtigen usw. So verspricht er sich von der ganzen Idee nur Nachteile für die Hohenzollern, als welche er bezeichnet: „Eine notwendige Steigerung der

führenden Parteien angesichts unserer Benachrichtigungsmittel auch die Veröffentlichungen mit als Mittel der Irreführung des Gegners benutzen müssen, um alle strategischen und praktischen Möglichkeiten genügend auszubuten. Darum kann eine Heeresleitung schwerlich mehr dicht hinter ihrem Rücken unbefangene Beobachter dulden, die unter scharfberechnender Ausnutzung aller Benachrichtigungsmittel wahrheitsgetreue Berichte verbreiten und dadurch auch Bewegungen der Truppen bereits zur Kenntnis des Gegners bringen können, ehe der Zweck eines größeren Marsches oder auch eines kleineren Unternehmens erreicht sein kann. Eine Heeresleitung kann ja allerdings dem Berichterstatter allerhand Verpflichtungen auferlegen, und der Berichterstatter kann nach seiner Ansicht gewissenhaft diese Anweisungen berücksichtigen. Er wird es aber selbst ablehnen, jedes Wort erst der Heeresleitung zur Zensur vorzulegen, und sie selbst könnte bei der strengsten Zensur ja gar nicht übersehen, was etwa zwischen den Zeilen steht oder welche ganz andere Bedeutung ein verabredetes Wort des Telegramms hat. Es gibt also für sie kein anderes Mittel als das todtklafe: Fernhaltung aller Kriegsberichterstattung vom unmittelbaren Schauplatz der Bewegungen des Feldheeres.

Das Lächeln, mit welchem man die Maßnahmen der beiderseitigen Hauptquartiere gegenüber den Kriegsberichterstattern zurzeit noch verfolgt, mag sich demgemäß in den vollen Ernst der Erkenntnis umwandeln, daß hier nur zum ersten Male im modernen Krieg einer unabwiesbaren Notwendigkeit gedient wird. Die Presse wird eben in alle Zukunft die gewohnten ausführlichen Kriegsberichte nicht mehr bringen können, mag der Schauplatz eines Krieges auch mitten im vollkommen kultivierten Europa liegen. Die Berichte aus den Hauptquartieren sind nicht mehr dazu da, um der Öffentlichkeit auch nur die tatsächlichen Vorgänge, geschweige denn die Absichten der Heeresleitung zur Kenntnis zu bringen, sondern alles was mitgeteilt wird, ist möglicherweise, ja sogar wahrscheinlicher Weise nur zur Irreführung des Gegners, dem es ja doch auf raschestem Wege bekannt wird, zum Druck bestimmt worden.

Daraus sollte aber dann auch die Presse eine Folgerung ziehen. Offenbar überwiegt in den bis heute veröffentlichten Meldungen aus Konstantinopel, Sofia, Nißch usw. neben dem velleicht nur renommistischen Gehalt das absichtlich Irreführende. Deshalb sollte die Presse sich möglichst ablehnend gegenüber einem solchen Gemischel von Mitteilungen verhalten, die gerade nicht den Zweck erfüllen, den die Presse der Öffentlichkeit schuldig ist.

Tages-Meinigkeiten.

Aus Stadt und Amt.

Nagold, 5. November 1912.

* **Wählerversammlung.** Am Sonntag nachmittag fand in der „Traube“ die sozialdemokratische Wählerversammlung statt. Goldarbeiter Sig als Vorsitzender begrüßte die zahlreichen Zuhörer und erteilte das Wort dem Referenten und selbigen Landtagsabg. Heymann zu dem Thema: „Die bevorstehende Landtagswahl und die Sozial-

politik, ein große Zahl untauglicher oder unzuverlässiger kleiner Planeten, welche ihre (der Hohenzollern) ohnedies sehr zerplürrte Zeit, Aufmerksamkeit und Interessen in Anspruch nehmen. Alles, was gegenwärtig eine Vermehrung des höflichen Elementes, der Repräsentation und der Familienrückstände bringt, ist ein Unglück für unser Königshaus. Ihm würde vielmehr in nächster Zukunft die Aufgabe gestellt sein, mit Schonung der alten, zum Teil guten und würdigen Formen die Standesprivilegien im Hof usw. leise zu beseitigen, d. h. sich freier und gesünder zum Volk zu stellen. Dazu paßt die Kaiserkrone durchaus nicht.“ — Und erst recht nicht scheint ihm die Kaiserkrone zu passen zu der großen politischen Aufgabe der Hohenzollern. Als diese Aufgabe betrachtet er es, „allmählich das ganze Wesen der Macht in Deutschland zu erhalten, ohne die alten abgelebten und vielen verhassten Formen. Durch die Zeit gehe ein starker republikanischer Zug, der in den nächsten Jahrzehnten noch stärker werden würde. Die Kaiserwürde der Hohenzollern, altherkömmlich durch tüchtige Arbeit bereitet, sei behauptet, sei für die alten Provinzen, ja für das gesamte Ausland wie ein wohlverdientes, würdiges Ehrenamt, ihr persönlicher Vorzug, daß sie wie höchste Beamte ihres Staates anders und viel moderner gearbeitet, egeriert, in Akten gelesen haben, als die meisten andern Herrscher.“ Sodann fährt Freytag fort: „An dem Tage, wo wir einen Kaiser erhalten, erhalten wir auch eine republikanische politische Partei, nicht nur süddeutsche Volksfreier und anerkannte Theoretiker, sondern ernsthafte Leute, welche mit Mißvergügen auf die Stärkung des Aristokratismus, und

demokratie". (Bemerkt sei zunächst, daß der Landtagskandidat A. Grotenberger, Gemeinderat aus Stuttgart anwesend war.) Redner teilte mit, daß er nur die wichtigsten Fragen aus der Fülle des Materials herausheben wolle, damit man sich ein Urteil über die Tätigkeit seiner Partei im vergangenen und nächsten Landtag bilden könne. Die Entschlüsse seien nicht so groß als die vor sechs Jahren. Aber die bevorstehenden sozialpolitischen Entscheidungen seien sehr wichtig für die Sozialdemokratie, welche den Schutz der Abhängigen als ihre Aufgabe betrachte. Da sei das Verlangen nach Arbeiterkammern noch ebenso aktuell wie früher; es müsse Fürsorge getroffen werden für den Fall der unverschuldeten Arbeitslosigkeit der Arbeiter, da sie das Fundament der Steuerzahler seien. Große Bedeutung habe der Ausbau der Gewerbeinspektion. Insbesondere sei es ein Wunsch seiner Partei bezüglich des Kinderschutzgesetzes, daß die Lehrerschaft beauftragt werde mit der Aufsicht darüber, ob Kinder bei gewerblicher Beschäftigung zu sehr angestrengt würden. Der Revision der Lohngesetze sei besondere Förderung anzutun. Es sei ganz falsch, wenn gesagt werde, die Sozialdemokratie sei gegen den Mittelstand feindselig. Im Gegenteil, das Großkapital sei der Feind des Mittelstandes. Lehrender sollte dem Arbeiter seine Fortschritte gönnen, denn er setze seine Waren an den Arbeiter ab. Mittelstand und Arbeiterschaft seien aufeinander angewiesen. Zu der Frage der Behandlung der staatlichen Arbeiter und Beamten sei auf Anträge der Sozialdemokratie vieles verbessert worden. Mit besonderem Nachdruck seien die Vertreter der Partei im Landtag für eine Erhöhung der Arbeiterlöhne eingetreten. Redner stellt hiezu die einzelnen Positionen, wie sie von der Regierung vorgeschlagen waren und wie sie bewilligt wurden einander gegenüber. Aber auch jetzt noch seien die Unterschiede zu groß, zwischen höheren und niederen Schichten der Bevölkerung bzw. Beamten und Unterbeamten. Oben sei mit Scheffeln, unten mit Löffeln gegeben worden. Eine sehr wichtige Gesetzesmaterie nannte Redner das Gesundheitswesen, schon im Hinblick auf die Säuglingssterblichkeit. Das Oberamtsarztgesetz bzw. der Schularztzwang seien deshalb sehr nutzbringend. Ein Antrag der sozialdemokratischen Vertreter im Landtag habe auf die Aufhebung des Apothekenmonopols abgezielt. Die Gemeindevorstände sollen Apotheken errichten dürfen, da die Interessen der Allgemeinheit höher stünden, als diejenigen der Privilegierten. Weiter habe die Sozialdemokratie gefordert und gewirkt für eine der wichtigsten Fragen, die Frage der Wohnungspolitik und diese Fürsorge sei beim Gesetz der Bauordnung zur Geltung gekommen. Bezüglich des wichtigsten und umfangreichsten Gesetzes, betr. das Volksschulwesen, sei nicht alles erreicht worden, was wünschenswert. Immerhin sei die Bezirksschulaufsicht im Hauptamt und durch Fachleute erreicht, nicht dagegen die Befestigung der Konfessionsschule. Die Schule müsse neutral sein. Der nächste Landtag müsse davon überzeugt werden, daß eine Einheitschule das Richtige wäre; das sei so zu verstehen, daß alle Schulgattungen einen Unterbau haben sollten. Den Befähigten sollen dann nach Abgang davon höhere Schulen offen gehalten werden und zwar nicht unter Abhängigkeit vom Geldbeutel des Vaters. Die heutigen Schulen seien Klassenschulen. In Steuerfragen spricht sich Redner dahin aus, es müssen progressive nach oben erweiterte Steuern auf Einkommen und Vermögen geschaffen werden; alle Nebenabgaben gehörten beseitigt; indirekte Steuern bezeichnet er als Gleichmacherel. Seine Partei verlange Demokratisierung des staatlichen Lebens und Sozialisierung des wirtschaftlichen Lebens. (Beifall.) Redner schließt mit der Erklärung, die sozialen Grundgeden der Partei gingen der Verwirklichung entgegen und richtet einen Appell an die Bevölkerung um Unterstützung durch Entsendung ausreichender Vertretung im gesetzgebenden Körper. Landtagskandidat G. R. Grotenberger erklärt sich einverstanden mit den Ausführungen des Redners und meinte, es seien noch wesentliche Forderungen vorhanden für deren Erfüllung auch er eintreten würde. Referent Heymann wendet sich mit einem rednerischen Schlusswort an die Versammlung, in dem er auf die Landwanderung der Industrie, auf ihre zunehmende Dezentrali-

mit Achtung auf die Wiederbelebung toten Würdenkrams bilden. Im Volke lebt durchaus kein Verständnis und keine Sehnsucht nach einem Kaiser, auch die Koffhäuserfrage wird fast nur durch unsre Altrentner gepflegt."

Nachdem er dann noch ausgeführt, daß die Hohenzollern, auch ohne das Beiwerk des Kaiserthums als Bundesfeldherren, wenn sie wollen, doch höchste Gebieter seien und daß dies nichtdeutliche, unbestimmte und dehnbare einer ganz namenlosen Obergewalt ja gerade der unzahlbare Vorzug ihrer Stellung sei, fügt er noch an, daß der König von Württemberg — im Fall dessen Eintritt in den Bund notwendig würde — viel lieber einem Bundesfeldherren nachgeben würde, als einem neuen Kaiser. "Endlich", so schließt das bedeutsame Schreiben, "die Hohenzollern haben gar keine Ahnung von dem unermesslichen Vorteil, den sie in ihren Fürstentümern erhalten können, wenn sie bei passender Gelegenheit mit Bundesbrüdern und Süddeutschen den schwarzen Frack anziehen und mit größter moderner Einfachheit ihren Präzidenten dem Hoftrödel der kleineren Höfe gegenüberstellen. Diese Wirkung richtig ausgenutzt, hat zehnmal so viel reale Vorteile, als ein neuer Sammantel und Ankauf eines Kaiserdiamanten." Man ersieht aus diesem Briefe, dessen Hauptgedanken sicherlich nicht nur eine vereinzelt bestehende Auffassung seines Absenders bekunden wie verschiedenes und wie wenig geklärt zu damaliger Zeit die Meinungen über die Idee eines neuen deutschen Kaiserthums noch waren. Es mußte erst der glorreiche Feldzug gegen Frankreich kommen, um aus der Einmütigkeit der deutschen Fürsten und Stämme auch der Bismarckschen

stärkung hinweist — die bäuerliche Bevölkerung nehme infolgedessen an der sozialen Entwicklung teil, sie dürfe sich in ihrem eigenen Interesse nicht mehr der Sozialdemokratie grundtätig entgegenstellen. An der Kultur solle das ganze Volk teilnehmen und die Sozialdemokratie wolle, daß der Arbeiter die Vorteile der Kultur mitgenieße. Eine Diskussion gab es nicht; der Vorsitzende schloß hierauf die Versammlung.

* **Der Briefstempel.** Es wird darüber geklagt, daß die Aufgabestempel auf den abgehenden Briefsendungen öfters so undeutlich seien, daß sie unmöglich entziffert werden können. Die Postanstalten haben laut Amtsblatt der Verkehrsanstalten für deutliche Aufgabestempel Sorge zu tragen. Die im Abfertigungsdienst verwendeten Beamten und Unterbeamten sind darauf hinzuweisen. Auch haben die Postamtsvorstände und Aufsichtsbeamten die sorgfältige Handhabung des Stempelgeschäfts und die ordnungsmäßige Behandlung der Stempel nicht zuzubehören zu überwachen und sich von dem guten Stand der Stempel auch bei den Postagenturen zu überzeugen. Wenn wahrgenommen wird, daß von einer wirtl. Postanstalt häufiger undeutlich gestempelte Briefsendungen eintreffen, so ist dieser unter Anschluß der von den Empfängern zu erbitenden Umschläge oder Postkarten hiervon Mitteilung zu machen.

1. **Altensteig, 4. Nov.** Der Kandidat der konservativen Partei und des Bundes der Landwirte, der bisherige Abg. Schabbe von Nagold, entwickelte gestern in der "Linde" vor einer größeren Anzahl Wählern, darunter vielen von auswärts (Nagold) sein Programm in ruhiger, sachlicher Weise nach den Grundzügen, wie sie die beiden Parteien in ihrem Programm aufgestellt hatten. Leider ließ sich ein Begleiter des Kandidaten (Amtsgerichtsekretär Heyd in Nagold), eine scharfe Entgegnung zuschulden kommen, indem er einem hiesigen Beamten, dem Vorstand der Deutschen Partei, den Vorwurf machte, daß ein Beamter, der den Kandidaten der Deutschen Partei wähle sich eine Verletzung seines Dienstes zu schulden kommen lasse, dabei aber einen Beweis hervorbrachte, der jedem Mitglied der S. A., der Befolgen, zwar alle Ehre gemacht hätte, von den Anwesenden jedoch mit Kopfschütteln aufgenommen wurde. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß durch derartige Ausführungen eine unnötige Schärfe in den Wahlkampf hereinkommt.

1. **Altensteig, 2. Nov.** Unter dem Vorsitz von Bezirkschulinspektor Schott wurde heute hier im Saale des Gasthofs z. "Traube" die Hauptkonferenz für die Lehrer des oberen Nagolder Sprengels abgehalten. Hauptlehrer Breilling von Ebershardt hielt zuerst eine Lehrprobe über 1. Sam. 15 mit Schülern des 6. und 7. Schuljahrs. Dann folgte ein Vortrag des Vorsitzenden über "Das Alte Testament im Religionsunterricht der Volksschule". Die Vorträge zu diesem Vortrag waren jedem Teilnehmer in die Hand gegeben, und die sehr kurze Debatte, die sich anschloß, war wohl der beste Beweis, daß der Referent mit seinen Ausführungen das sehr heikle Thema allgemein befriedigend behandelt. Ueber die Lehrerelegenschaft erstattete der Bibliothekar, Oberlehrer Jetter in Nagold, Bericht. Von Hauptlehrer Herrmann in Murr und von Hauptlehrer Öbby in Freudenstadt waren Mineralien Sammlungen ausgestellt, die von den einzelnen Schulfonds um nicht zu hohe Summen erworben werden können. Und da nur einige Schulgemeinden des Bezirks schon im Besitz derartiger Sammlungen sind, so wird es wohl an Bestellungen nicht fehlen. Das gemeinschaftliche Essen war in der "Traube".

Aus den Nachbarbezirken.

r **Unterriechenbach, 4. Nov. (Brand.)** Heute nacht hat es nach 14tägiger Pause schon wieder gebrannt. Es verbrannte die Doppelscheune nebst Stallungen des Altkanarier Fritz Gengenbach und der Jakob Frdr. Gengenbach mit viel Vorräte und 40 St. Geflügel.

r **Horb, 4. Nov. (Freilassung.)** Der wegen angeblichen Stillschleppersverbrechens verhaftete Polizeidiener Kreidler von Ihlingen ist am Freitag aus der Haft entlassen worden.

Kaiseridee zum siegreichen Durchbruch und zu glänzender Erfüllung zu verhelfen.

Ein interessanter Bericht aus dem türkischen Hauptquartier.

Eine sehr interessante Schilderung der Zustände im türkischen Heere entwirft der Kriegskorrespondent des "Berliner Tageblatts" Major z. D. Eugen Zwenger. Wir entnehmen diesem ersten Bericht aus dem türkischen Hauptquartier in Corlu einige Stellen, die ein grelles Licht auf die Verfassung der Soldaten und das Verhalten der Offiziere werfen:

Im Bahnhof Sejidler kamen uns Schwärme flüchtender Landleute aus der Umgegend von Kirkkisse (hinszig Kirchen) entgegen, die mit ihrem gesamten Hab und Gut, lebendem und totem Material weiter in das Innere des Landes zogen. Um 10 Uhr kam ein Eisenbahnzug aus Kirkkisse, auf den wir nun schon vier Stunden lauerten, mit weiteren Flüchtlingen durch Sejidler. Als er die Weiche hinter dem Bahnhof passierte, neigten sich die letzten, zum Glück leeren Wagen zur Seite und stürzten um. Eine Besichtigung an Ort und Stelle ergab, daß durch den vielen Regen der letzten Tage sich der Unterbau einseitig gelockert und daß so eine Entgleisung der letzten Wagen stattgefunden hatte. Erstaunend war, daß die Weiche selbst zerstört war. Die Herstellung des an sich unbedeutenden Schienenbauerte bis abends 10 Uhr. Von früh 10 bis abends 10

Landesnachrichten.

p **Zum Vollzug des neuen Schankgefäßgesetzes** hat das Ministerium des Innern eine Verfügung erlassen, nach der u. a. vom 1. Januar 1913 an die Ortspolizeibehörden innerhalb einer gewissen Frist sämtliche Wirtschaften daraufhin zu untersuchen haben, ob der Füllstich ordnungsmäßig angebracht ist, ob die erforderlichen geeichten Füllstichmaßstäbe zur Prüfung der Schankgefäße vorhanden sind usw. Die Schankgefäße dürfen nur einen Füllstich und eine Bezeichnung des Sollinhalts haben; jedoch sind Füllstiche und Bezeichnungen, die haltbarer Weise durchstichen oder vernichtet sind, neben dem maßgebenden Füllstich und der damit übereinstimmenden Bezeichnung nicht zu beanstanden. Die Befügung des Literzeichens auf Gläsern usw. wird in Zukunft nicht mehr gefordert. Diese Verfügung ist von einer großen Anzahl von Wirten insofern mißverstanden worden, als diese der Ansicht waren, in Württemberg trete die Aenderung der Schankgefäßordnung, durch die bekanntlich bestimmt ist, daß der Füllstich bei Schaummaßgen mindestens 2 Zentimeter unter dem oberen Rand des Gefäßes angebracht sein muß, schon am 1. Januar 1913 in Kraft. Dies ist aber nicht der Fall. Die Aenderung der Schankgefäßordnung tritt erst am 1. Oktober 1913 in Kraft. Die Ministerialverfügung hat, wie der Deutschen Wirtzeitung von amtlicher Seite mitgeteilt wird, lediglich den Zweck, die Ortspolizeibehörden zu der seither schon vorgeschriebenen, im Lauf der letzten vier Jahre jedoch nur ganz vereinzelt zur Ausführung gelangten Kontrolle der Schankgefäße in Wirtschaften zu veranlassen.

r **Vom Bund für Handel und Gewerbe.** Zur Landtagswahl hat nunmehr auch der Bund für Handel und Gewerbe einen Aufruf erscheinen lassen. Gemäß einem einstimmig gefaßten Beschluß der diesjährigen ordentlichen Mitgliederversammlung fordert der Bund die Vorstände seiner Zweigvereine, die Vertrauensmänner und die Mitglieder auf, an die in ihren Bezirken von den einzelnen bürgerlichen Parteien aufgestellten Kandidaten heranzutreten und sie zu befragen, wie sie sich zu den Forderungen des Bundes verhalten. Die Kandidaten sind im einzelnen um ihre Stellungnahme zu folgenden Forderungen anzugehen: Eine anderweitige Gestaltung der Grundlagen der Gewerbesteuer, namentlich durch Berücksichtigung des Umfanges und unter entsprechender Schonung der kleineren und mittleren Gewerbetreibenden. Ferner eine anderweitige Regelung der Gemeindefesteuerung durch Schaffung von Höchstätzen für den prozentualen Zuschlag der Gemeinde zur staatlichen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, durch entsprechendes höhere Heranziehung des beweglichen Kapitals zur Gemeindefesteuer, durch Ueberwälzung des nach Abzug dieser Gemeindefesteuer verbleibenden Gemeindefehdens auf die Einkommensteuer. Weiter wird gefordert die Einführung einer progressiven Umsatzsteuer für Warenhäuser, Großmüllereien, Konsumvereinsgroßbetriebe usw. und Ausdehnung derselben auf die Filialgeschäfte im Detailhandel, sowie die Heranziehung der von den Konsumvereinen als sagungsmäßiger "Kabatt" gewährten Rückvergütungen zu den steuerpflichtigen Ueberschüssen. Das Programm fordert auch die Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen zum "angemessenen" Preis. Zuziehung des organisierten Handwerks zur Feststellung der Vorschläge und Bedingungen der Vergebung, Berücksichtigung der weiteren Wünsche der Handwerker-Organisationen hinsichtlich des Submissionswesens. Der weitere Ausbau bzw. die Einrichtung staatlicher Regiebetriebe, wodurch dem freien Handels- und Gewerbebestand Konkurrenz gemacht wird ist zu unterlassen. Auf dem Gebiet der Reichsgesetzgebung muß verlangt werden (diese Fragen müssen gestellt werden, da die der Reichsgesetzgebung unterliegenden Gegenstände in der Regel auch im Landtag zur Erörterung gebracht werden, um die Stellung der württembergischen Regierung im Bundesrat zu beeinflussen), die Einschränkung des Hausierwesens, der Wanderlager usw. Die Erlaubnis zum Betrieb eines Wanderlagers ist von dem Nachweis des Bedürfnisses abhängig zu machen. Der § 100 q der Gewerbeordnung ist — als eine ganz unnötige Sonderverordnung des Handwerks, aufzuheben.

Uhr rührte kein Mensch eine Hand, und es waren etwa 2500 Hände, kräftige Hände zur Stelle; aber es fehlte ein Kopf. Uns kribbelte es in allen Muskeln, wie zerbrochen uns die Köpfe der Türken; die Herren türkischen Offiziere des mitfahrenden Bataillons saßen in ihrem Salonwagen, den sie seit der Abfahrt von Konstantinopel noch nicht — außer um Luft zu schnappen — verlassen hatten. Noch drei Büge von je zweihundert Achsen ließen ein mit flüchtenden Landleuten, der letzte mit einem Bataillon, das den linken Flügel der neu beabsichtigten Stellung bei Liké-Burgas halten sollte und das in voller Veronte, ohne einen Bulgaren gesehen zu haben, den besseren Teil der Tapferkeit ergriff und einen vorbeifahrenden Eisenbahnzug stürmte. Dieses Bild wird mir unvergänglich sein.

Im Hauptquartier von Corlu sind die Kriegskorrespondenten, wie Major Zwenger ferner berichtet, in einer höchst bedenklichen Weise untergebracht worden:

Kommt ein bulgarischer Vorstoß, der immerhin in der mondheilen Nacht nicht unwahrscheinlich ist, da 25 Kilometer nordwestlich vom Bahnhof Corlu der Bahnkörper von Bulgaren bereits gesprengt ist, so treffen sie zunächst auf uns, und wir sind im Kreuzfeuer zwischen beiden Parteien. Ich fürchte, daß trotz des zu erwartenden Vollmonds meine zwei lustig im Winde flatternden deutschen Fahnen, von denen je eine vorn und hinten am Zeit angebracht ist, nicht respektiert werden.



Landwirtschaftl. Bezirksverein und Viehzuchtgenossenschaft Nagold.

Hauptversammlung

am Sonntag, den 10. November 1912, nachmittags 1/2 3 Uhr im Gohls zum „Lamm“ in Gatterbach.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Landesökonomierats Landerer in Kirchberg über die Beeinflussung der Viehzucht durch den Milchhandel und über die Frage der Gründung einer Färrenaufzuchtstation.
 2. Beratung wegen Abhaltung eines landwirtschaftlichen Bezirksfestes im Jahre 1913.
 3. Verteilung der bei der heutigen Bezirkskorindoleichau und bei der Eber- und Birgenbockschau zuerkauften Preise.
- Zu recht zahlreichem Besuche wird freundlich eingeladen. Im Bedarfsfalle geht nachm. 1/2 2 Uhr ein Auto vom Postamt Nagold nach Gatterbach ab, Rückfahrt 6 1/2 Uhr. Anmeldungen für die Fahrt wollen bis Donnerstag abend beim Vereinssekretär O.A.-Sparkassier Gasser gemacht werden.

Nagold, den 1. Nov. 1912.

Vorstand des Landw. Bezirksvereins:

Oberamtmann Kommerell.

Gatterbach.

Viehmarkt.

Der am nächsten Donnerstag, den 7. d. M. hier verfallene Viehmarkt



kann trotz des Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche in Ober- und Unter-Oberrhein abgehalten werden.



Zum Besuch wird eingeladen. Den 4. Novbr. 1912.

Stadtschnit.-Amt: Krauß.

Rheinperle Solo
Margarine die die Eigenschaften der Branche ersetzen
feinste Butter

In Geschmack, Aroma und Bekömmlichkeit bester Butter gleich, aber wesentlich billiger. — Überall erhältlich.
Hein. Fabrik: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinsen, G.m.b.H., Ooch (Holl.)

Fabriklager für Württemberg: Carl Lächele, Stuttgart, Uhlandstraße 16 b. — Telephon 1732.

Schöne kräftige **Obstbäume**, in nur bewährten Sorten

empfehlen
Christ. Stempfle, Baumschulen, Wenden.

Kursbericht vom 2. November 1912.

Mitgeteilt durch **Bank-Kommandite Horb, Carl Weil & Cie. in Horb a. N., Kommandite der Stahl & Federer A.-G. Stuttgart.**
Giro-Konto bei der Württbg. Notenbank in Stuttgart.
Postspark-Konto Nr. 2267 beim Postsparkamt Stuttgart, Telephon Nr. 78.

1. a) Obligationen.		2. Aktien.	
4% neue Württ. Staats-Obl.	100.50	Deutsche Bank	240.40
3 1/2% 1903 Staats-Obl.	87.80	Darmstädter Bank	119.80
3% do. 200er	80.30	Disconto-Gesellschaft	183.-
3% Württ. Staatsobligationen	78.70	National-B. f. Deutschland	120.50
3 1/2% Badische Staatsobligationen	87.87	Hamb.-Amer. Paketf.	280.70
4% Deutsche Reichsanleihe	100.35	Hanse-Dampfschiffahrt	274.-
4% Preussische Consols	100.50	Phönix-Bergbau	182.75
4% Bulgaren-Anleihe	100.30	Bel. f. elektr. Untern.	164.10
4% Bulgaren-Anleihe	97.90	Deutsch-Österr.-Elektr.	158.-
4% Argentinianer-Anleihe	100.80	Kaiser-Werke	230.-
4% Chinesen-Anleihe	99.20	Mannesmann	214.50
4% Serben-Anleihe	88.00	Ver. Köln-Rhein. Pula.	315.50
4% Ungar. Staatsanleihe	83.70	Höfch-Eisen	324.50
4% Indus. u. Handelsbank	97.75	Reichsbank-Diskont	5%
4% Serben-Anleihe	87.10		
4% 1910 Rumänien-Anleihe	87.10		
4% Zoll Türken	75.30		
4% 1910 Ungar. Rente	88.-		
4% Reichsbahn	80.-		
b) Pfandbriefe.			
4% Württ. Hyp. B. 1920	99.30		
4% Kredit-B. 1920	99.30		
4% Rhein. Westf. Bod.-Kred. 1922	98.50		

Infolge von Friedensgerüchten zeigte die Börse in den letzten Tagen eine recht feste Haltung. Unsere erstklassigen Deutschen Bank- und Industrie-Werte weisen wesentliche Kurssteigerungen auf. Serben- und Bulgaren-Obligationen zogen ebenfalls kräftig an, während Türken-Werte andauernd matt liegen.



Morgens Probe.
Nagold.
Einen gut erhaltenen **Regulier-Ofen**

hat zu verkaufen **Ernst Schwan, Schuhgeschäft.**

Nagold.
Habe im Auftrag eine bereits neue **Strickmaschine**

zu verkaufen. Käufer wird eingelernt. Arbeit garantiert. **Caroline Breuning, Freudenstädterstraße.**



Die Lose der Preuss.-Süddeutschen Klassenlotterie sind angekommen und können von mir oder den von mir aufgestellten Mittelpersonen bezogen werden.

1/8 1/4 1/2 Los
A 5. A 10. A 20. A 40.
Lotterielepläne kostenlos durch den Kgl. Württ. Lotteriele-Einnehmer **Carl Reichert, CALW,**

oder Hermann Knodel und Paul Schmid, in Firma Berg & Schmid, Nagold, und Josef Pfister, Schlosser in Wildberg.

Bergmann's **Hühneraugen-Mittel** bereitet in kürzester Zeit durch bloßes Ueberstreichen sicher, gefahr- und schmerzlos jedes Hühnerauge, Hornhaut und Warze. à Karton mit Pinsel 80 & bei: E. Köhler, Treiburg.

Flechten

abends und trockene Schuppenflechte streich. Ekzeme, Hautausschläge, aller Art

offene Füße

Reinhalten, Desinfizieren, Aderlassen, bloßes Fliegen, alle Wunden sind mit einer bakterienfrei. wer bisher vergeblich hoffte heilt zu werden, mache auch einen Versuch mit der besten bewährten

Rino-Salbe

bei allen Haut- und Schleimhäuten. Preis 1.10. 2.20. Dankeschreiben geben täglich an. Nur echt in Originalpackung weiss-grünrot u. Pa. Schönbach & Co., Weinbühl-Druckerei. Fälschungen weisen wir zurück. In allen in den Apotheken.

Brachten Sie Geld? Auch ohne Bürgen. Ratenzahlg. Schreiben Sie sofort an **F. Schürer, Berlin C. 2, Büchsenstraße Burgstr. 30.**

Fahrpläne empfiehlt **G. W. Zaiser.**

Mitteilungen des Standesamtes der Stadt Nagold.

Eheschließungen: Maximilian Kittel, Geschäftsführer, hier, und Katharine Hoch, hier, den 4. Nov.

der Stadt Wildberg.
Geburten: am 7. Okt. eine Tochter des Christian Rühle, Fleischermeister, am 9. Okt. ein Sohn des Carl Elwert, Oberpräzeptor, am 21. Okt. eine Tochter des Julius Schmidt, R. Oberförster, am 28. Okt. ein Sohn des Friedrich Kummer, Waldhornwirts.

Aufgebote: am 3. Okt. Max Steimle, Schreiner, hier und Anna Hegel von hier. Eheschließungen: am 8. Okt. Georg Weik, Fabrikmeister hier und Anna Weismüller von hier, am 21. Okt. Max Steimle, Schreiner, hier und Anna Hegel von hier.

Todesfälle: am 2. Okt. Heinrich Hübner, am 20. Okt. Gottlieb Wilsch, Tagelöhner, am 29. Okt. ein Kind des Friedrich Kummer, Waldhornwirts.

Oberamts-Sparkasse Nagold.

— Bündelsicher. —
Zinsfuß für alte und neue Spareinlagen **4%**
vom 1. Januar 1913 ab.
Beträge bis zu 5000 M. werden jederzeit angenommen.

Ebershardt, den 4. Nov. 1912.

Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die traurige Mitteilung, daß unser lieber Vater, Schwieger, Groß- und Urgroßvater **Johann Gg. Maier, Schäfer,** nach kurzer Krankheit im Alter von 75 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist. Um stille Teilnahme bitten im Namen der trauernden Hinterbliebenen der Sohn: **Georg Maier, Schreinermeister in Nagold.** Beerdigung Mittwoch, 6. Nov., mittags 3 Uhr.

Nagold.

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.

Einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum zur Mitteilung, daß ich am hiesigen Plage im **Gottl. Lehre'schen Anwesen** in der **Waldbachstraße** eine **Spezerei-Handlung** errichtet habe und bitte ich um geneigten Zuspruch. Hochachtung **Wilhelm Blum.** NB. Führe stets frischen Butter von der Molkerei Sulz. Der G'ge.

Sulz.

Kochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf **Donnerstag, den 7. November 1912** in das Gasthaus „Linde“ hier freundl. einzuladen. **Friedrich Köhler, Bauer, Sohn des Fr. Köhler, Bauer, hier.** **Maria Weidle, Tochter des Lindenwirt Weidle, sen., hier.** Kirchgang 11 Uhr. Wir bitten dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Statt Karlen.

Ebhäuser-Rohrdorf.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf **Donnerstag, den 7. November 1912** in das Gasth. „Traube“ in Ebhausen freundl. einzuladen. **Wilh. Dengler, Mechaniker, Ebhausen.** **Luise Sackmann, Tochter des Fr. Sackmann, Schmiedmstr. Rohrdorf.** Kirchgang 11 1/2 Uhr.

Couverts mit Firma-Ausdruck liefert **G. W. Zaiser.**

